

Die Frage, die sich an dieser Stelle an die hohe Politik stellt, ist folgende: Sind nicht Politiker als Totengräber der Meinungsfreiheit in Deutschland ein dringender Fall für den Verfassungsschutz?

Der Versuch, Kritik am Islam zu stigmatisieren und zu kriminalisieren, stellt einen Generalangriff auf die Normen und Prinzipien einer freien Gesellschaft und auf das Grundrecht der freien Meinungsäußerung dar.

Die versuchte Einschränkung der Meinungsfreiheit im Umgang mit Kritik an den menschenrechtswidrigen Bestandteilen und demokratiefeindlichen Bestrebungen des Islams muss daher bei jedem Demokraten und Menschenrechtler in Deutschland und Europa die Alarmglocken schrillen lassen!

Sachlich fundierte Kritik am Politischen Islam auf der Grundlage der Menschenrechte und der Einsatz für den Schutz und Erhalt der freiheitlichen demokratischen Gesellschaftsordnung vor verfassungsfeindlichen Islamisierungsprozessen sowie gegen Versuche der Politik, die Meinungsfreiheit in diesem Zusammenhang einzuschränken, ist wahrer praktizierter Verfassungsschutz. Im Gegensatz zu den aktuellen Versuchen der Politik, mit Hilfe eines politisch instrumentalisierten Verfassungsschutzes die deutsche Bevölkerung einzuschüchtern und sie aus Angst vor gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Existenzvernichtung zum Schweigen zu bringen.

Die BPE fordert Sie als Bundesinnenminister dazu auf, sich auf sachlicher Ebene mit den Argumenten von Kritikern des Politischen Islams auseinanderzusetzen und effektive Maßnahmen gegen die von ihm ausgehende existenzielle Bedrohung für die freie Gesellschaft zu ergreifen, anstatt daran zu arbeiten, einen ihrer Grundpfeiler, die Meinungsfreiheit, zu untergraben und für ein Ersticken geistiger Freiheit in Deutschland zu sorgen.

Beenden Sie die absurde und gefährliche politische Irrfahrt, sachlich fundierte Islamkritik als Rechtsextremismus und „Islamfeindlichkeit“ zu brandmarken. Das ist einer freien, aufgeklärten und gebildeten Gesellschaft nicht würdig und stellt einen schwerwiegenden Angriff auf die Meinungsfreiheit in Deutschland dar.

Mit freundlichen Grüßen,

gez. der Bundesvorstand

i. A. Thomas Böhm,
Bundesgeschäftsführer